

Erhöhte Arbeitslosenunterstützung im Winter / Mehrleistungen in der Krankenversicherung
Milderungen in der Rentenversicherung

— Berlin, 20. Oktober.

So hat in den vergangenen Jahren wohl kaum eine Regierung in Deutschland gegeben, die nicht ihre Tätigkeit mit Verweisen, dem Volke seine neuen Steuern mehr aufzuzählen, begonnen hätte. Wie man auch das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen im einzelnen beurteilen will, die Anerkennung kann man ihr nicht verlagen, daß sie Verweisen, das der Kanzler in seiner programmatischen Erklärung vom 4. Juni abgab, geballen und dem Volke in der Tat seine neuen Steuern mehr auferlegt hat. Außerdem hat er in Erkenntnis der konjunkturpolitischen Funktionen, einer zweckmäßigen Handhabung der Finanzpolitik inne zu sein können, eine Senkung der Gesamteinkommensteuern in Aussicht genommen und den Steuerpflichtigen einen leicht geäußerten Anspruch auf eine in den Jahren 1934 und 1935 wirksam werdende Verminderung ihrer Steuerlast um anderthalb bis zwei Milliarden zugesichert. Die Verwirklichung dieser Absicht ist aber durch die Verbriefung der Steuerpflichtigen eingeräumten Ansprüche, an einer spätere Steuerentlastung teilhaben.

Dies ist zweifellos ein erfreuliches Bekenntnis zu dem Grundsatze, daß eine Verminderung der öffentlichen Lasten die wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche Weiterentwicklung wie auch für eine Befreiung der einer Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte entgegenstehenden psychologischen Hemmnissen bildet.

Von Böden und Gebäuden beansprucht in Deutschland die öffentliche Hand in Form von Steuern und Sozialabgaben in den untersten Einkommensstufen 20 bis 25 Prozent des jährlichen Reineinkommens und fordert in den oberen Einkommensstufen für sich nicht weniger als 35 Prozent. In Frankreich dagegen sind die unteren Einkommensstufen mit nur 6 bis 8 Prozent, in Großbritannien mit 8 bis 10 Prozent belastet, während von einem Adresseinkommen von 50.000 RM in Frankreich 20 Prozent, in England etwa 30 Prozent an den Fiskus abzuführen sind. Nach traffer, sind die Unterschiede in der Belastung bei der Besteuerung der verschiedenen Gewinne: In Deutschland beläuft sich die Gewerbesteuer bei Einzelfirmen auf 53,44 bis 75,44 Prozent und bei Aktiengesellschaften sogar auf 62,67 bis 82,40 Prozent des Gewinnes, während die entsprechenden Ziffern in Frankreich 37,54 und 53,64, für England 13,07 und 14,57 Prozent lauten.

Auch dieser Vergleich zeigt also, wie sehr Deutschland durch den Konturenkrenzschutz mit dem Auslande vorbelastet wird und dringend notwendig eine Verminderung der Steuerlast ist. Allerdings wäre es noch besser gewesen, wenn die Regierung es hätte ermöglichen können, die für spätere Jahre in Aussicht gestellte Steuerentlastung bereits unverzüglich eintreten werden zu lassen. Bei einer Verwindung der Steuerkraft eine als Kreditunterlage durch die Bilanz in Betracht der niedrigen Verleisungsgrenze nur teilweise erreicht. Weiter wurde es in Wirtschaftskreisen als unangenehmest bezeichnet, wenn die Regierung den Belastungsdruck der Steuerentlastung wesentlich höher befristet hätte, als tatsächlich abgehen ist.

Die Verwendung der Steuergutscheine in den Jahren 34—38 bedeutet eine jährliche Steuerentlastung von 300 bis höchstens 450 Millionen Reichsmark, während aus Grund der erfreuten Neuschüttungen kaum geringere, wenn nicht sogar wesentlich höhere Beträge an öffentlichen Unterhaltungen eingepart werden sollen. Die in Aussicht genommenen Steuererleichterungen werden also durch die Ausgabenersparnisse bei den öffentlichen Unterhaltungssetzts nicht nur ausgeglichen sondern unter Umständen sogar übertroffen.

Strenge die sonstigen Erparnisse, die durch die an-
stehende große Verwaltungsreform und andere Ausgaben-
ersparnisse erzielt werden könnten, sind in dem Steuer-
programm der Reichsregierung ebensoviele als die
Wirtschaftsleistung in Aussicht stehenden Steuer-
ermäßigungen berückichtigt worden. Erparnisse
der Verwaltung sind jedoch nur erwartet man oben-
erzählt mit einer Reihe, zumal der Dr. Bracht noch vor-
getragen bei einer Vereinfachung der bisher von ihm durch-
geführten Maßnahmen der Verwaltungsreform festgesetzt
worden, daß sich schon jetzt ganz erhebliche Erparnisse ergeben
werden. Eine Ausdehnung der Verwaltungsreform auf
das gesamte Reich, wie sie nach einer Vervollständigung des Dual-
systems in Preußen unerläßlich ist, müßte also die
Erparnisse in den öffentlichen Haushalten wesentlich ver-
größern. Es muß deshalb auch erwartet werden, daß sich
der Reichsregierung nicht etwa mit der jetzt in Aussicht ge-
nommenen Steuerentlastung begnügt, sondern neben dem Vor-
zug durch die Steuererleichterung noch eine echte und min-
destens gleich umfangreiche Steuerentlastung vornimmt.

Wenn im übrigen, als Anlaufpunkte der Steuerminde-
rung gerade die produktionshemmenden Steuern gewälzt
sind, so wird man die Maßnahmen nur begründen können.
Es kommt in der Tat vor allem darauf an, die Raufkraft
der Werte durch Entlastung ihrer Unkostenkontos, auf dem
die Umsatzsteuer wie auch die Realsteuern eine besonders
wichtige Rolle spielen, wieder zu härten und den Vertrieben
die durchweg verloren gegangene Rentabilität wiederzuge-
ben. Diesem Ziele müssen zunächst die — durchaus berech-
tigten — Wünsche nach einem Abbau der gleichfalls über-
höhten Realisationssteuern untergeordnet werden.

Hoffentlich schreitet die Regierung auf dem eingeschlagenen Wege der Steuerverminderung entschlossen fort, da nur so die entscheidenden Voraussetzungen für den Wiederaufstieg geschaffen werden können. Allerdings werden dabei noch manche Hemmnisse und Schwierigkeiten zu überwinden sein.

Veröffentlichung der Verordnung zur Ergänzung der
Sozialleistungen.

Berlin, 20. Oktober.

Die angekündigte Verordnung zur Ergänzung der sozialen Leistungen ist nunmehr veröffentlicht worden. Die Verordnung ist vom Reichsstatenrat von Papen unterzeichnet und stützt sich auf die am 4. September vom Reichspräsidenten erteilte Ermächtigung. Die Gesamtaufwendungen dieser Verordnung belaufen sich auf jährlich rund 70 Millionen Reichsmark.

Ueber den Inhalt der neuen Verordnung wird eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

Die Neuordnung bringt an erster Stelle eine Erhöhung

Die Versorgung bringt an erster Stelle eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932, bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Arbeitslosenunterstützung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag besitzen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstufungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen zwei Reichsmark; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf drei Reichsmark und bei mehr als vier Angehörigen auf vier Reichsmark.

Arbeitslose, die einer höheren Lohnklasse als VI angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse VI einschließlich der Zulage nicht erreicht; als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt. Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung außer Betracht bleibt.

Die Marschdrum begleitet ferner Schmirisaloiten

Die Verordnung befiehlt ferner Schwierigkeiten und Härten, die sich aus der Dristklasseneinteilung bei der Voterverordnung vom 14. Juni ergaben, künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse ober der Dristklasse A, zugeordnet. Bisher waren für die Arbeitslosenunterstützung die Orte der Klasse B in zwei Gruppen geteilt, je nachdem sie mehr als 10 000 Einwohner oder weniger haben. Jetzt fällt diese Teilung fort; in allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig je viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

Die Reichsregierung war im Sommer dieses Jahres wegen der trostlosen finanziellen Lage des Versicherungsträgers zu starken Einschränkungen in der Arbeitslosenunterstützung gezwungen. Sie hat damals die harten Maßnahmen nicht vermeiden können, sie begrüßt es, daß jetzt in gewissen Umfange die Möglichkeit geboten ist, die Leistungen zu ergänzen.

Durch die neuen Maßnahmen fließen den Arbeitslosen monatlich 10 Millionen RM. mehr zu als bisher. Die Reichsregierung beabsichtigt, in dieser Hinsicht noch mehr zu tun, sobald die finanzielle Lage es zuläßt.

Die neue Verordnung enthält eine weitere Vorschrift, wonach zum Ausgleich von Härten, die sich in besonderen Fällen aus der Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung nach Arbeitslosen und Gemeindegeldern in der Zeit vom 31. Oktober 1933 bis zum 1. April 1933 ergeben, aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Betrag bis zur Höhe von acht Millionen RM. verwendet werden kann.

hat die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sämtliche
Mehrerleistungen beseitigt. Die Wiedergewährung war nur
zulässig, wenn der höchste Beitrag bestimmte Grenzen (im
Jahre 1931 5 n 6 des Grundlohnes) nicht übersteigt.

Die neue Verordnung läßt in befristetem Umfange Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Lebensdreheln des Höchstalters wieder zu. Es soll gestaltet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuzug an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Beitrags erhöhungen dafür werden im allgemeinen nicht notwendig sein.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 mindert alle U n .

fallt, auch die Renten für Unfälle der Vergangenheit und Zukunft. Die neue Verordnung der Reichsregierung schreibt vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1931 ereignen, nicht mehr gestützt werden. Die Renten richten sich bei diesen Unfällen wieder lediglich nach dem Jahresarbeitsverdienst. Ferner sieht die neue Verordnung

2. 1. 1931, Weimarer Ordnung vom 8. Dezember 1931 b

vor. Nach der Arbeitseinstellung vom 8. September 1932 sind die Sozialrenten aus dem Monat des Todes aus dem auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezug des 25. RM. im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtage festgestellten Renten gelten."

An einem Beispiel erläutert bedeutet das: Bezieht jemand eine Kriegserrente in Höhe von 50 RM, und erhält dazu eine Invalidenrente von 40 RM, so war nach dem bisherigen Recht der Anspruch aus der Invalidenrente bereits durch die Kriegserrente gedeckt. Wenn nun eine Freigrenze von 25 RM. eingeführt wird, so muß künftig aus der Invalidenrente noch ein Betrag von 15 RM. gezahlt werden.

Schon die Rotoverordnung vom 14. Juni 1932 hatte in Aussicht genommen, daß in der Rentenversicherung für die Selbstverwaltung die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die geleglichen Regelleistungen durch Mehrleistungen zu ergänzen. Zur Ausföhrung dieser Vorschrift trifft die neue Verordnung die nötigen Bestimmungen. Danach wird die

widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen.

Ueber die Mehrleistungen bestimmt die Satzung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbeförde. Es wird am Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestellten der Erfüllung ihres Wunsches möglich sein, die Gewährung von Pensionen und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Einführung von Mehrleistungen ist unzulässig, wenn sie die Deduktion der Angestellten gefährdet.

Die Invalidenversicherung wird daher leider an die Einführung von Mehrleistungen zur Zeit noch nicht denken können. Auch hier kann sich aber die Lage ändern, wenn die finanziellen Unterlagen der Invalidenversicherung in Ordnung gebracht sind.

Succisa pratensis L.

Zu einzelnen betragen die Mehraufwendungen in der Arbeitslosenhilfe zehn Millionen Mark monatlich, also für die Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 31. März 1933 50 Millionen Mark. Die Verbesserung der Unfallrente bezieht sich auf jährlich vier Millionen Mark. Der Mehraufwand durch die Verbesserung im Verhältnis der Kriegsschädigtenrente zur Invalidenrente beläuft sich im ersten Jahre auf rund eine Million Mark. Die Verbesserung der Kriegsschädigtenrente bezieht sich in ihrer Auswirkung auf 10 bis 11 Millionen Mark.

In Erläuterung der neuen Verordnung erklärte Staatssekretär Grieser vom Reichsarbeitsministerium vor Pressevertretern, die Verordnung habe den Mittelweg, den sie sei sowohl nach wirtschaftlichen als nach sozialen Gesichtspunkten verfolgt worden.

Was die Milderungen bezüglich der Kriegsoptionen angeht, so sei es der besondere Wunsch des Reichspräsidenten gewesen, daß die Kriegsoption von gewissen Hemmungen rechtsmäßiger und verwaltungsmäßiger Art befreit werden sollten.

